

# Ankaras Fehlkalkulation

Abschuss des Su-24-Kampffjets macht Annäherung zwischen Russland und der Türkei zunichte. NATO-Mitglieder gehen auf Distanz zu Erdogans Konfrontationskurs. **Von Rainer Rupp**

Nach dem Abschuss des russischen Kampffjets Su-24 durch die türkische Luftwaffe am Dienstag warten alle gespannt, wie umfassend die Reaktionen Moskaus sein werden. Für politische Beobachter ist es indes vielleicht wichtiger zu ergründen, warum das Weiße Haus trotz offizieller, allerdings nur halbherziger Unterstützung Ankaras sich zugleich inoffiziell von der offenen Aggression seines NATO-Verbündeten distanziert. Unter Berufung auf einen hochrangigen US-Regierungsmitarbeiter, der anonym bleiben wollte, hat die Nachrichtenagentur *Reuters* am Abend des 24. November gemeldet, dass das russische Flugzeug über syrischem Territorium abgeschossen worden ist. Das sei »das Ergebnis der Wärmesignatur«, womit sicherlich Aufnahmen von US-Spionagesatelliten gemeint sind.

Dies wirft die Frage auf, ob es sich bei der anonymen Quelle um einen Whistleblower handelt, der nicht länger zuschauen mag, wie die Welt in einen dritten Weltkrieg schlittert – oder ob im Syrien-Konflikt die eine amerikanische Hand nicht weiß, was die andere tut.

Dass Ankara die Entscheidung zum Abschuss der russischen Su-24 nicht ohne Rückendeckung mächtiger Kreise in den USA getroffen hat, ist weithin als Fakt akzeptiert, auch wenn es dafür noch keine handfesten Beweise gibt. Aber die Unterstützer der Hasardeure in Ankara sind sicherlich nicht im Weißen Haus oder im US-Außenministerium zu finden. Denn das Verhandlungsergebnis der Syrien-Konferenz in Wien und das Gespräch zwischen US-Präsident Barack Obama und dem russischen Staatschef Wladimir Putin am Rande des G-20-Gipfels in Istanbul haben gezeigt, dass sowohl Außenminister John Kerry als auch das Weiße Haus entschlossen schienen, gemeinsam mit Russland und den Europäern eine diplomatische Lösung des Konflikts zu finden. Das aber würde die Pläne der neokonservativen »Falken« in den Reihen der Republik



Da war die Welt noch in Ordnung: Russlands Präsident Putin und sein türkischer Amtskollege Erdogan beim G-20-Gipfel in Antalya am 15. November 2015

kaner und der sogenannten liberalen Kriegstreiber in Obamas eigener Partei, den Demokraten, über den Haufen werfen.

Nur eine gewaltsame Entfernung des syrischen Staatspräsidenten Baschar Al-Assad würde wirklich den Weg freiräumen für die Vertreibung Russlands aus Syrien und für die Durchführung der gemeinsam mit Katar geplanten Megagasipeline vom Persischen Golf über Jordanien, Syrien und die Türkei nach Europa. Das Projekt verspricht allen Beteiligten nicht nur Milliardenprofite, sondern auch einen Paradigmenwechsel hinsichtlich geostrategischer und politisch-ökonomischer Vorteile gegenüber Russland. Zugleich wäre die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten in Europa und im Nahen und Mittleren Osten für weitere Jahrzehnte gesichert.

Die »Falken« im US-Kongress und im Pentagon sowie bei den US-

Geheimdiensten CIA und DIA haben genau verfolgt, wie sich infolge der Flüchtlingskrise und zuletzt der Terroranschläge in Paris die Europäer wieder verstärkt um eine bessere Zusammenarbeit mit Russland bemühten. Man kann davon ausgehen, dass diese um ihre Hegemonie fürchtenden US-Kreise alles daran setzten, um eine solche Entwicklung zu stoppen. Der Abschuss eines russischen Kampffjets schien hierfür geeignet, Erdogan bot sich als Werkzeug an.

Der Abschuss hat in der Tat nicht nur einen Keil zwischen Russland und die Türkei getrieben, die sich zuvor weit angenähert hatten. Er macht jeden Gedanken an die geplante – und von den USA heftig kritisierte – Pipeline unmöglich, die von Russland über die Türkei nach Südeuropa führen soll. Zugleich – so dürfte das Kalkül gewesen sein – würden die europäischen NATO-Staaten

gezwungen, das kleine Tauwetter mit Moskau zu beenden. Tatsächlich aber haben sich die meisten europäischen Mitglieder des Militärpakts mehr oder weniger brüsk von dem türkischen Vabanquespiel distanziert. Deutlicher als Vizeminister Sigmar Gabriel, der die Politik Ankaras als »unkalkulierbar« bezeichnet hat, kann man das kaum sagen. Und die eingangs erwähnte, anscheinend gezielte Indiskretion des Weißen Hauses gegenüber *Reuters* zeigt, dass sich Erdogan in dieser Sache auch nicht auf den US-Präsidenten verlassen kann.

Ob dies zu einer Ernüchterung in Ankara führen wird, darf bezweifelt werden. Die Konzentration türkischer Panzer an der Grenze zu Syrien, unweit der Absturzstelle der Su-24, lässt nichts Gutes erwarten. Das von der syrischen Minderheit der Turkmenen bewohnte Gebiet will Erdogan schon lange anektieren.

## ■ Hintergrund IS-Finanzier Türkei

Eine der wichtigsten Fragen bei der Bekämpfung der Terrororganisation »Islamischer Staat« (IS) lautet: Wer finanziert sie, und in welchem Land sitzen die Unterstützer? Millionen Dollar macht der IS mit dem Verkauf von im Irak und in Syrien gestohlenem Erdöl. Der Schmuggel wird mit Hilfe von Tanklastern abgewickelt. Dies ist nicht ohne stillschweigende Zustimmung der Regierungen der an IS-Gebiete angrenzenden Länder möglich. Vor allen anderen steht dabei die Türkei unter Staatschef Recep Tayyip Erdogan in der Kritik. Türkische Politiker der sozialdemokratischen CHP werfen Mitgliedern der Erdogan-Familie vor, direkt von den schmutzigen Geschäften zu profitieren. Präsidentensohn Bilal Erdogan soll demnach einer der größten Abnehmer und Hauptprofiteure des illegalen Geschäfts sein.

Aber auch das »Strategic Studies Institute« der amerikanischen Kriegsschule »US-Army War College« hat schon in der Winterausgabe 2014/2015 seiner Zeitschrift *Parameters* darauf hingewiesen, dass »der Großteil des vom IS verkauften Erdöls direkt oder über kurdisch-irakische Mittelsmänner in die Türkei geht«, wo es dann raffiniert und zu Benzin und anderen Produkten verarbeitet und weiterverkauft wird. Der für die Verhinderung der Finanzierung von Terrororganisationen zuständige Staatssekretär im US-Finanzministerium, David S. Cohen, hatte schon im Oktober 2014 beim Thinktank »Carnegie Endowment for International Peace« auf die bedeutende Rolle der Türkei in diesem schmutzigen Geschäft hingewiesen – wenn auch diplomatisch verlausuliert: »Mit Stand vom letzten Monat hat der IS den Verkauf von Öl zu wesentlich reduzierten Preisen an eine Vielzahl von Zwischenhändlern getätigt, darunter einige aus der Türkei, die dann das Öl weitertransportierten und wieder veräußert haben.« (rwr)

Am Dienstag wurde ein russisches Kampffjet vom Typ Su-24 von einer F-16 des NATO-Mitglieds Türkei über syrischem Gebiet abgeschossen. Präsident Wladimir Putin bezeichnete den Angriff als »Stoß in den Rücken durch Helfershelfer von Terroristen«. Hat er recht?

Ja! Die Türkei gehört neben Saudi-Arabien und Katar zu den wichtigsten Unterstützern des »Islamischen Staats«, IS. Zwar bekämpft Ankara den IS ein bisschen, um nach außen zu demonstrieren, dass man etwas tut. Faktisch aber trägt das Regime von Recep Tayyip Erdogan bislang zum Überleben des IS aktiv bei. Auch andere Terrorgruppen werden von der Türkei unterstützt. Beispielsweise eine turkmenische, die im syrisch-türkischen Grenzgebiet aktiv ist. Deren Bekämpfung durch die syrischen Regierungsarmee und vermutlich auch durch die russische Luftwaffe ist der türkischen Regierung ein Dorn im Auge. Nutzt sie doch auch diese Aufständischen für ihre Regime-Change-Ambitionen gegen Präsident Baschar Al-Assad. Insgesamt ist die Heuchelei des Erdogan-Regimes unübertrefflich: Auf der einen Seite beklagt es eine Un-

## »Die Türkei muss offen kritisiert werden«

Politische Isolierung überfällig: Die türkische Regierung unterstützt gegen Syrien operierende Terrorgruppen. **Ein Gespräch mit Alexander S. Neu**

terdrückung der turkmenischen Minderheit durch die Regierung Assad. Auf der anderen Seite führt es gegen Teile des eigenen Volkes, nämlich die Kurden, selbst Krieg.

### Welche Konsequenzen sollte der Abschuss der Su-24 für das Verhältnis zur Türkei haben?

Die türkische Regierung muss offen kritisiert, ja, wenn erforderlich, auch politisch isoliert werden, wenn sie nicht aufhört, den IS, die Al-Nusra-Front und andere Terrorgruppen zu unterstützen. Leider aber hat der Westen das völkerrechtswidrige Regime-Change-Vorhaben in Syrien immer noch nicht aufgegeben. Auch Deutschland nicht. Daher gibt es eine gewisse Interessenübereinstimmung des Westens mit der Türkei und den Golfdictaturen. Darüber hinaus

Alexander S. Neu (Die Linke) ist Obmann im Verteidigungsausschuss des Bundestages und stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

### Der Westen setzt mit dem proklamierten »Krieg gegen den Terror« den Terror des Krieges unbeirrt fort. Wie ist die Spirale der Gewalt zu stoppen?

Indem man endlich anfängt umzudenken. Hierzu gehört: Stopp der Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten. Keine militärischen Abenteuer mehr. Keine Rüstungslieferungen mehr. Beendigung von Handelsliberalisierungen mit den schwachen Ökonomen, die dadurch noch weiter geschwächt werden und die zu Massenarmut führen. Aber dazu wird sich der Westen nicht

liefern sich Deutschland und die EU angesichts der Flüchtlingsherausforderung gerade der Türkei auf schändliche und für die flüchtenden Menschen gefährliche Weise aus.

durchringen. Es wäre ja ein Paradigmenwechsel westlicher Außen-, Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik. Ein solcher ist nicht zu erwarten – das imperiale Selbstverständnis ist zu dominant. Die internationale Rechtsstaatlichkeit ist und bleibt auf absehbare Zeit eine Illusion.

**Bundeskanzlerin Angela Merkel will infolge der Anschläge von Paris bis zu 650 deutsche Soldaten nach Mali entsenden, um die französischen Streitkräfte zu entlasten, und dem »Wunsch« von Paris folgend »Tornado«-Kampffjets für den Krieg in Syrien zur Verfügung stellen. Wie bewerten Sie diese »Solidaritätsbekundung«?**

Die Bundesregierung ist und bleibt lernresistent – sowohl in Fragen von »Solidaritäts«-äußerungen mit militärischen Implikationen als auch insgesamt

in militärischen Fragen. Afghanistan zeigt vieles, vor allem: Es ist leichter, in einen Krieg hineinzugehen, als wieder aus diesem herauszukommen. Nach 14 Jahren Afghanistan-Krieg hören wir immer noch Durchhalteparolen. Die Maxime, »internationale Verantwortung« zu übernehmen, im übrigen ein diplomatischer Code für den Anspruch auf eine Großmachtrolle mit militärischen Mitteln, ist einem immer noch vorherrschenden anachronistischen Denken im doch so hochzivilisierten Westen geschuldet. Der gesellschaftliche Widerstand dagegen muss größer werden. Mit Blick auf Syrien bleibt zu konstataren: Der Konflikt ist ein »Sumpf« und hat das Potential, dass der bisherige Stellvertreterkrieg in einen militärischen Konflikt der darin involvierten Großmächte ausartet.

Interview: Markus Bernhardt